

Niederschrift

über die Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung am 25. November 2013

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung, Anerkennung der Tagesordnung**
- 2. Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 15. Juli 2013**
- 3. Anfragen**
 - a) Quadriennale 2014**
 - b) Ausschreibung der Schül assistenzen**
- 4. Antrag**

**Teilnahme der Düsseldorfer Behindertenselbsthilfe an der
Messe REHACARE**
- 5. Special Olympics Deutschland 2014**
- 6. Auftragskontrolle**
- 7. STEK 2025+**
- 8. Berichte aus den Runden Tischen**
- 9. Mitteilung der Verwaltung**
- 10. Verschiedenes**

Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger

Anwesend:

Mitglieder des Beirates

Ratsherr Janetzki	Vorsitzender
Herr Wessels	stellvertretender Vorsitzender

Vertreterinnen und Vertreter der Menschen mit Behinderung

Herr Borzim / Frau Hampe	Menschen mit geistiger Behinderung
Herr Decius	Menschen mit Mehrfachbehinderung
Herr Fischer	Menschen mit Körperbehinderung und chronischen Erkrankungen
Herr Graf	Menschen mit Hörbehinderung
Herr Kozyk	Menschen mit Sehbehinderung
Frau Kroker-Christmann	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen (ARGE e. V.)
Frau Reichmann-Schmidt	Menschen mit psychischer Behinderung

Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktionen

Ratsherr Kirschbaum	CDU
Ratsfrau Mohrs	SPD
Ratsfrau Ott	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Dr. Piltz	FDP
Herr Westerberg	Die Linke

Weitere Mitglieder

Herr Buschhausen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Humpert-Kalb	Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Herr Joedecke	Sprecher Runder Tisch Kommunikation
Herr Kipshagen	Liga Wohlfahrt
Frau Rigter	Behindertenkoordination
Herr Schlachetzki	Sprecher Runder Tisch Bauen
Herr Zielonka	Sprecher Runder Tisch Verkehr

Stellvertretende Mitglieder:

Frau Bellstedt	Liga Wohlfahrt
Frau Dill	stellvertretende Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Herr Fladerer	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Verkehr
Frau Giersch	Amt für soziale Sicherung und Integration

Frau Güdelhöfer	Amt für Gebäudemanagement
Herr Hahn	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Bauen
Frau Hartmann	Behindertenkoordination
Frau Hermanns	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen (ARGE e. V.)
Herr Klussmann	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Kommunikation
Ratsherr Matheisen	FDP-Ratsfraktion
Herr Nowinski	Ratsfraktion Die Linke
Frau Pohlmann	Menschen mit Sehbehinderung
Herr Welski	Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Ratsfrau Wien-Mroß	SPD-Ratsfraktion

Weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Frau Dagge	Behindertenkoordination
Frau Dassdorf	Special Olympics Deutschland e. V.
Frau Geßner	Stadtplanungsamt
Frau Hoop	Gesundheitsamt
Frau Marinou	Amt für Gebäudemanagement
Herr Steinchen	Amt für Kommunikation (zeitweise)
Herr Schmitz	Stadtplanungsamt
Herr Schuster	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Shangama-Kalmes	Quadriennale GmbH

Entschuldigt

Frau Falk	Seniorenbeirat
Frau Kerler	Amt für Gebäudemanagement
Frau Küpper	Menschen mit geistiger Behinderung
Herr Marks	Menschen mit Mehrfachbehinderung
Frau Sader	Seniorenbeirat
Herr Schulteis	Menschen mit psychischer Behinderung
Frau Wiegand	Büro für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Herr Zaic	Büro Oberbürgermeister

1. Begrüßung, Anerkennung der Tagesordnung

Ratsherr Janetzki begrüßt die Anwesenden und stellt die Gäste der heutigen Sitzung vor. Diese sind Frau Shangama-Kalmes zur Anfrage Quadriennale 2014 (TOP 3a), Frau Dassdorf von Special Olympics Deutschland e. V. (TOP 5), Frau Geßner und Herr Schmitz vom Stadtplanungsamt zu TOP 7 (STEK 2025+) sowie Herr Schuster vom Amt für soziale Sicherung und Integration zu TOP 9i (Barrierefreiheit für Menschen mit Sehbehinderung in Pflegeeinrichtungen).

Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Form anerkannt und nachfolgende Ergänzungen aufgenommen. Herr Fladerer meldet den Punkt „zugestellte Leitlinien“ und eine Rückfrage zum Thema „glatte Wegeverbindung“ an. Ratsfrau Ott wünscht sich eine Erläuterung zu Tagesordnungspunkt 9j „Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern bei Live-Streams von Ratssitzungen“. Die Antwort wurde mit den Unterlagen zur Sitzung versandt.

Die genannten Punkte werden als Ergänzung zur Tagesordnung aufgenommen und bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten beziehungsweise unter TOP „Verschiedenes“ behandelt.

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Beirates fest, da mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder des Beirates anwesend sind.

Die Beiratsmitglieder gedenken dem verstorbenen Herrn Erik Folkerts, der als freier Mitarbeiter für die Westdeutsche Zeitung von den Beiratssitzungen berichtet hat und auch als Mitglied im Runden Tisch Kommunikation aktiv war.

2. Anerkennung der Niederschrift

Zur Niederschrift der Sitzung am 15. Juli 2013 wird von Herrn Graf, Stadtverband der Gehörlosen, die Enttäuschung hinsichtlich der Ablehnung des Antrags „Kommunikationsassistent“ im Ausschuss für Gesundheit und Soziales formuliert. Er bezieht sich dabei auf die Nummer 7 der Anlage zu TOP 5 „Auftragskontrolle“ der Sitzung vom 15. Juli 2013.

Der Vorsitzende stellt die Ausführungen richtig und erläutert, dass der Antrag im Ausschuss für Gesundheit und Soziales nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern zur Entscheidung von dort in den Rat verschoben worden sei. Das Ergebnis bleibe abzuwarten.

Er richtet einen Appell an die politischen Vertreterinnen und Vertreter im Beirat, das Thema in die Haushaltsberatungen ihrer Fraktionen einzubringen und sich für den Antrag des Stadtverbandes der Gehörlosen einzusetzen. Ratsfrau Wien-Mroß teilt mit, dass der Beirat zwar keine Entscheidung treffen, aber den Antrag unterstützen könne, indem eine entsprechende Empfehlung des Beirates an den Rat gerichtet werde. Auf Vorschlag von Ratsherrn Janetzki sagt der stellvertretende Vorsitzende zu, im Namen des Beirates einen Brief zu formulieren und diesen Herrn Oberbürgermeister Elbers zukommen zu lassen.

Die Niederschrift vom 15. Juli 2013 wird einstimmig anerkannt.

3. Anfragen

a) Quadriennale 2014

Frau Kroker-Christmann erläutert ihre Anfrage.

Wie bekannt, fände die nächste Quadriennale von April bis August 2014 statt und sei ein bedeutendes Ereignis im kulturellen Angebot der Stadt Düsseldorf. Hieran seien auch viele Menschen mit Behinderung interessiert. Es stelle sich die Frage, ob die Quadriennale auf Menschen mit Behinderung in angemessener Weise eingestellt sei.

Die Fragen beantwortet Frau Shangama-Kalmes von der Quadriennale GmbH wie folgt:

Frage 1:

Wird auf die Angebote für Menschen mit Behinderungen in adäquater Weise hingewiesen? Hierzu gehören Hinweise auf barrierefreien Zugang, Behindertentoilette, Unterstützung für Menschen mit Hörbehinderungen usw.

Antwort:

Im Internet-Auftritt www.quadriennale-duesseldorf.de sind die an der Quadriennale Düsseldorf teilnehmenden Häuser mit den entsprechenden Symbolen, wie barrierefreiem Zugang etc., versehen; in das Programmheft zur Quadriennale werden sie ebenfalls aufgenommen.

Frage 2:

Erfolgen die Ankündigungen auf angemessene Weise, dass Menschen mit Sehbeeinträchtigungen diese erkennen und lesen können? Ist der Internet-Auftritt der Quadriennale barrierefrei?

Antwort:

Die Webseite ist so angelegt, dass Menschen mit Sehbeeinträchtigungen die Nutzung erleichtert wird.

Frage 3:

Sind insbesondere Installationen, Pavillons etc. zugänglich für Menschen, die auf Gehhilfen oder den Rollstuhl angewiesen sind?

Antwort:

Für die Quadriennale werden keine begehbaren Installationen oder Pavillons errichtet. Die Ausstellungen finden in den bestehenden Museen und Ausstellungshäusern statt.

Frage 4:

Gibt es behindertenspezifische Führungen, zum Beispiel für Menschen mit Seh- und Hörbeeinträchtigungen, geistiger Behinderung oder Demenz?

Antwort:

Die Führungen zu den Quadriennale Düsseldorf-Ausstellungen werden von den teilnehmenden Häusern selber veranstaltet und beinhalten das auch ansonsten für Menschen mit Behinderungen angebotene Führungsprogramm. Wir werden uns in der nächsten Sitzung des Arbeitskreises Pädagogik zur Quadriennale Düsseldorf mit diesem Thema noch einmal gezielt befassen.

In der anschließenden Diskussion fordert Frau Pohlmann mehr Angebote für sehbehinderte und blinde Menschen in Düsseldorfer Kulturinstituten ein.

Ratsfrau Ott schlägt vor, Vertreterinnen und Vertreter der Menschen mit Behinderung in den Arbeitskreis Pädagogik einzuladen, um die Belange der Menschen mit Behinderung dort gezielt einbringen zu können.

Der Vorschlag wird seitens Frau Shangama-Kalmes begrüßt und aufgegriffen. Eine Gruppe von Menschen mit Behinderung könne bereits in zwei Wochen am nächsten Treffen des Arbeitskreises teilnehmen und ihre Anliegen einbringen.

Der Beirat beschließt, dass zu diesem Zweck von der Behindertenkoordination eine entsprechende Arbeitsgruppe für die Mitarbeit im AK Pädagogik zusammengestellt wird.

Frau Shangama-Kalmes greift den Beitrag von Frau Pohlmann auf und teilt mit, dass ihres Wissens die Kunsthalle solche Führungen anbiete. Die Anregung, dies auch zur Quadriennale anzubieten, werde weitergegeben.

b) Ausschreibung der Schulassistenzen

Herr Wessels erläutert die Anfrage.

Die Bedeutung der Schulassistentz werde in Zusammenhang mit der schulischen Inklusion immer größer. Es komme zu Situationen, in denen mehrere Assistenzen in einer Schulklasse anwesend seien, was für Lehrende und Schülerinnen und Schüler zu Unübersichtlichkeiten führe. Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass es sich hierbei um Sozialhilfeleistungen handele, bestünden zunehmend auch in anderen Städten Bestrebungen, diese Hilfen zu bündeln. Da es sich bei der Schulassistentz um eine Individualleistung handele, gehe dieser Anspruch ein wenig verloren und Eltern stellten sich die Frage, welche Leistung bei einer Pool-Lösung konkret das eigene Kind erhalte.

Ihm sei bekannt, dass die Stadt Düsseldorf plane, die Leistung Schulassistentz auszuschreiben. Träger, die diese Leistungen bereithalten, könnten sich dann auf die Ausschreibung bewerben. Dieses sei eine nachvollziehbare und eine gängige Verfahrensweise, wobei Ausschreibungen in Zusammenhang mit Sozialleistungen aus seiner Sicht durchaus problematisch seien. Beispielsweise gingen Kompetenzen bei einem Wechsel der Schulassistentz verloren. Ein weiteres Problem seien die zahlreichen Helferinnen und Helfer, die in der Biographie eines Menschen mit Behinderung auftreten. Schon allein aus der Überlegung heraus, welche Auswirkungen psychischer Art ein häufiger Wechsel der Bezugspersonen haben könne, sollte die Anzahl der Helferinnen und Helfer möglichst gering gehalten und vermieden werden, dass jedes Jahr eine neue Schulassistentz auf das Kind zukomme.

Die Kernfrage sei, wie die konkreten Leistungen für das einzelne Kind den jeweiligen Eltern transparent gemacht werden können. Durch die verschiedenen beteiligten Akteurinnen und Akteure wie Leistungs-anbietende, das Kind oder die Eltern als Leistungsnehmer, das Amt für soziale Sicherung und Integration als Kostenträger und die jeweilige Schule, entstehe leicht eine unübersichtliche Situation meist zu Lasten der Kinder und der Eltern. Darüber hinaus stellen sich die Fragen, ob die Eltern die Möglichkeit hätten, bei der Personalauswahl mitzuwirken, welche

Möglichkeiten es gebe, eine hohe Fluktuation der Schulasstistenzen zu vermeiden, welche Qualitätsanforderungen an Leistungsanbieter gestellt werden und ob auch weitere Leistungen, zum Beispiel im Bereich der Eingliederungshilfe, zur Ausschreibung vorgesehen seien.

Im Anschluss werden die Fragen und Antworten der Verwaltung von Frau Giersch vorgetragen. Sie gibt zunächst einige erläuternde Hinweise, insbesondere zur Pool-Lösung bei der Schulasstistenz.

Ab dem Schuljahr 2014/2015 werde die bisherige Eins-zu-eins-Betreuung von behinderten Schülerinnen und Schülern als Regelfall durch einen flexiblen und bedarfsgerechten Personalpool von Integrationshelferinnen und Integrationshelfern abgelöst. Bei der Pool-Lösung werde eine Helferin oder ein Helfer grundsätzlich mehrere Kinder betreuen.

Allerdings werde es auch beim Personalpool weiterhin immer dann eine Eins-zu-eins-Betreuung geben, wenn dies aus sachlichen Gründen gerechtfertigt sei. Also beispielsweise aufgrund der Schwere der Behinderung und des sich daraus ergebenden besonderen individuellen Betreuungsbedarfs.

Die Pool-Lösung werde dort für Synergieeffekte sorgen, wo derzeit keine ständige Betreuung erforderlich sei. Sie leiste somit wichtige Antistigma-Arbeit, da zukünftig nicht mehr jedes Kind mit einer Behinderung aufgrund der eigenen Unterstützungsperson in eine Außenseiterrolle gedrängt werde. Man werde die Pool-Lösung im Einzelfall immer dort umsetzen, wo es insbesondere mit Blick auf den prognostizierten zusätzlichen Bedarf an inklusiver Beschulung in den jeweiligen Klassen Sinn mache und gleichzeitig ein Maximum an Integrationschancen für die betroffenen Kinder biete.

Mit der Pool-Lösung werde es zudem ein flexibleres Betreuungssystem geben. Auf Ausfälle von Integrationshelferinnen und Integrationshelfern könne zukünftig schneller reagiert werden. Mit dem grundsätzlich vorhandenen Pool an allen Schulen werden zukünftig auch die Kinder erreicht, deren Eltern verzögert oder gar nicht den Weg zur Anbieterin oder zum Anbieter finden, um eine Integrationshilfe für ihr Kind zu beschaffen.

Auch werde mit der Pool-Lösung gewährleistet, dass die Integrationshelferinnen und Integrationshelfer längerfristig an den Schulen verbleiben können. Die Helferinnen und Helfer werden damit stärker in den Schulalltag integriert, was gleichzeitig die Betreuung der Kinder verbessern könne.

Mit der Einführung der Pool-Lösung werde man die Leistung der Schulassistenten wettbewerbsorientiert vergeben. Das bedeute, dass sich die Anbietende von Schulassistenten mit einem konkreten Angebot bei der Stadtverwaltung bewerben müssen. Die Verwaltung werde dann Anbietende mit der Schulassistenten beauftragen, die das wirtschaftlichste Angebot abgeben. Dabei sei sowohl der Preis pro Einsatzstunde als auch die fachliche Qualifikation und die Erfahrung in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung entscheidend.

Die Fragen beantwortet Frau Giersch für die Verwaltung wie folgt:

Frage 1:

Ich frage daher, ob die Elternrechte bei Pool-Lösungen durch institutionalisierte Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Personalgestaltung Ansprüche auf Auskunft durch eine benannte Stelle und Festlegung der Qualitätsstandards bei der Ausschreibung und deren Einhaltung gesichert sind. Wie wird die laufende Einhaltung der Qualität überprüft?

Antwort:

Um den Bedürfnissen der Eltern Rechnung zu tragen, wird es ein verbindliches Beschwerde- und Krisenmanagement geben. Im Vordergrund steht dabei der persönliche Dialog zwischen Eltern, Schulen, dem Amt für soziale Sicherung und Integration und den Anbietenden mit dem Ziel, gerade auch im Konfliktfall eine einvernehmliche Lösung mit allen Beteiligten zu finden. Die Eltern können sich im Bedarfsfall an die Schule, die Anbieterin oder den Anbieter oder das Amt für soziale Sicherung und Integration wenden. Alle drei Beteiligten werden unverzüglich das Krisenmanagement einberufen.

Darüber hinaus ist durch detaillierte Vorgaben für die Anbietenden beispielsweise hinsichtlich des Anforderungsprofils für die Integrationshelferinnen und Integrationshelfer ein Höchstmaß an Qualität gesichert.

Ob die Betreuungsleistung tatsächlich in dem im Einzelfall definierten Umfang und der geforderten Qualität erbracht wird, wird regelmäßig überprüft. Es ist beispielsweise vorgesehen, dass die Anbietenden mindestens einmal pro Schuljahr einen Bericht zur Betreuung erstellen müssen, der von der Schule und dem Amt für soziale Sicherung und Integration bewertet wird. Sofern eine Berichterstattung im Einzelfall nach Ansicht der Schule und/oder dem Amt häufiger angezeigt ist, ist dies möglich. Der Bericht und gegebenenfalls weitere Einschätzungen der

Schule sowie des Amtes geben dann gegebenenfalls Anlass, die Betreuungsleistung neu zu definieren.

Frage 2:

Ist die Ausschreibung auch noch für andere Bereiche, unter anderem der Eingliederungshilfeleistungen, beispielsweise familienunterstützender Dienst, Assistenz, hauswirtschaftliche Hilfen geplant, soweit sie in der Verantwortung des örtlichen Trägers der Eingliederungshilfe liegen?

Antwort:

Derzeit ist nicht geplant, weitere Leistungen der Eingliederungshilfe auszuschreiben.

An der anschließenden lebhaften Diskussion zu den Nachfragen hinsichtlich des Verfahrens insgesamt, der Ausschreibung sowie der Qualitätsanforderungen, beteiligen sich Frau Bellstedt, Frau Pohlmann, Herr Fischer und Ratsfrau Ott.

Frau Giersch verdeutlicht zu den Nachfragen, dass die Poollösung die Einzelbetreuung nicht ablöse, sondern bei einem entsprechenden Bedarf auch weiterhin eine Eins-zu-eins-Betreuung umgesetzt werde.

In der Modellphase fände eine Erprobung der Pool-Lösung an fünf Schulen statt. Es bestehe ein enger Kontakt zu den Schulleitungen. Die Pool-Lösung werde auch in anderen Städten durchgeführt und sei keine Erfindung aus Düsseldorf. Ein Arbeitskreis, bestehend aus den Schulleitungen, befasse sich unter anderem auch mit den Formulierungen einer Produkt- und Leistungsbeschreibung für die Ausschreibung. Auch bisher gemachte Erfahrungen würden in die Leistungsbeschreibung einfließen. Durch den Modellversuch der Pool-Lösung im Schuljahr 2013/2014 würden wichtige Erfahrungen gesammelt, um ab dem Schuljahr 2014/2015 nach diesem Modell als Regelversorgung zu verfahren.

Ratsfrau Ott erfragt die Hintergründe der Ausschreibung und möchte wissen, welche Vorteile dadurch erhofft werden, wie die Ausschreibung formuliert werde und ob aus anderen Städten Erfahrungen oder „best-practise-Beispiele“ bekannt wären.

Herr Buschhausen erklärt, mit allen Anbietenden im Gespräch zu stehen und betont, dass der Einsparfaktor beim geplanten Vorhaben nicht im Vordergrund stehe.

Frau Humpert-Kalb meldet sich zu Wort. Sie sehe das beschriebene Vorhaben durchaus positiv. Eine Ausschreibung bringe auch immer Wettbewerb mit sich.

Sie wisse durch Gespräche mit anderen Eltern, dass viele mit der Qualität der Assistenz in der Vergangenheit nicht zufrieden waren. Einen Wettbewerb der Anbietenden werte sie daher positiv. Zudem sei bei der Antwort darauf hingewiesen worden, dass abhängig von der Schwere der Behinderung auch weiter eine Eins-zu-eins-Betreuung möglich sei. Nahezu ideal werte sie die Pool-Lösung bei Kindern, die Förderschulen besuchen. Hier sei eine Eins-zu-eins-Betreuung oft nicht notwendig. Das geplante Vorhaben solle ausprobiert werden, da es sich um einen neuen Weg handele.

Ratsherr Matheisen schlägt vor, Erfahrungswerte aus anderen Kommunen im Beirat vorzustellen.

Herr Wessels berichtet von seinen Erfahrungen aus anderen Kommunen. Schwierig seien hier beispielsweise die Beteiligung beziehungsweise die Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern gewesen. Er macht darauf aufmerksam, dass mit dem Verfahren auch juristische Fragen verbunden sein könnten, beispielsweise, ob Beschäftigte in der Schulassistenz nach dem Tarif im öffentlichen Dienst zu vergüten seien.

Ratsherr Kirschbaum regt an, die Ergebnisse aus der Erprobungsphase nach deren Abschluss im Beirat vorzustellen.

Herr Buschhausen versichert den Anwesenden, dass hier mit dem nötigen Augenmaß an die Sache herangegangen werde. Er schlägt vor, die weitere Entwicklung in dieser Sache im Beirat vorzustellen.

Der Vorsitzende erklärt abschließend, er gehe von einem umfassenden Bericht der Fachverwaltung im Anschluss an die Erprobungsphase aus.

4. Antrag REHACARE

Frau Hermanns erläutert ihren Antrag.

Früher seien Düsseldorfer Behindertenorganisationen und -vereine regelmäßig mit einem gemeinsamen Stand auf der Messe REHACARE vertreten gewesen. Seit einigen Jahren werde diese Vertretung von der Düsseldorf Marketing und

Tourismus GmbH (DMT) übernommen. Seit mehreren Jahren beteilige sich auch der Seniorenbeirat mit einem eigenen Stand. Es gehe nicht darum, diesen beiden Organisationen die Qualifikation abzusprechen. Es könne jedoch nicht sein, dass auf einer Messe, die in erster Linie von Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen besucht werde, keine qualifizierten Auskünfte zu speziellen behindertenrelevanten Fragen gegeben werden können.

Sie halte es daher für erforderlich, dass Düsseldorfer Behindertenorganisationen und -vereine dort wieder vertreten seien, beispielsweise wie dies auch im Rahmen des 725-Jahre-Stadtjubiläums bereits umgesetzt worden sei. Dort seien das Gesundheitsamt mit dem Selbsthilfe-Servicebüro, die Behindertenkoordination im Amt für soziale Sicherung und Integration mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Selbsthilfe- und Behindertenorganisationen an einem gemeinsamen Stand präsent gewesen.

Herr Wessels berichtet, dass er in diesem Jahr auf der REHACARE zeitweise den Stand der Landesregierung betreut habe. Hierbei seien von den Besucherinnen und Besuchern eine Vielzahl an Fragen bezogen auf die Situation vor Ort an ihn gerichtet worden. Es sei sehr deutlich gewesen, dass ein enormer Informationsbedarf bei den Besucherinnen und Besuchern der Messe gegeben sei.

Der Stadtverband der Gehörlosen, vertreten durch Herrn Graf, fragt, ob er sich auch an einem gemeinsamen Stand beteiligen könnte. Für diese Aufgabe werde dann beispielsweise eine Kommunikationsassistentin und eine Referentin beziehungsweise ein Referent für Öffentlichkeitsarbeit benötigt. Ratsherr Janetzki erklärt, dass das Anliegen aufgenommen worden sei.

Möglicherweise mangle es an einem Konzept für einen Messestand, erkundigt sich Ratsfrau Ott. Wenn eine Behinderung vorläge, sei dies nicht automatisch mit einem hohen Alter verbunden. Dies mache der Kreis der Anwesenden im Beirat sehr deutlich. Nach ihrer Beobachtung seien die „zentren plus“ in den Quartieren sehr gut vertreten und präsentierten ihre Arbeit der Öffentlichkeit mindestens einmal jährlich mit einer Aktion. Wenn ein geeignetes Konzept erarbeitet werde, könne sich ein entsprechender Stand auch als Publikumsmagnet erweisen.

Frau Kroker-Christmann bestätigt die gelungene Umsetzung des gemeinsamen Informationsstandes zum Stadtjubiläum. Der Stadtverband der Gehörlosen gehöre selbstverständlich mit dazu.

Ratsherr Matheisen möchte wissen, wie es zur jetzigen Situation gekommen sei.

Frau Pohlmann erinnert daran, wie zeitaufwendig und mit welchem persönlichen Einsatz eine Standbesetzung auf der REHACARE verbunden ist. Ein gemein-

samer Stand wäre ihrer Meinung nach die beste Lösung, damit sich die Gruppen gegenseitig unterstützen könnten.

Eine Standbesetzung sei von der Verwaltung zu ergänzen, meint Ratsfrau Wien-Mroß. Es bestünden durchaus Schwierigkeiten, ein solches Vorhaben gut durchzuführen. Es bedürfe einer entsprechenden Organisation. Ihrer Meinung nach könne das Konzept des gemeinsamen Standes zum Stadtfest als Grundlage dienen, das noch ergänzt werden könnte.

Herr Dr. Piltz weist darauf hin, dass der Seniorenbeirat mehr Mitglieder als der Beirat für Menschen mit Behinderung hat. Eine kontinuierliche Standbesetzung über alle Tage sei daher für den Seniorenbeirat einfacher umzusetzen. Seiner Meinung nach bedarf es nicht eines zusätzlichen Messestandes, sondern der Seniorenbeirat und der Beirat für Menschen mit Behinderung könnten sich gemeinsam an einem Stand engagieren.

Ratsfrau Mohrs fragt, welche Kosten mit einem Stand auf der Messe REHACARE verbunden seien. Ihrer Meinung nach müssten diese Kosten von zentraler Stelle übernommen werden.

Frau Giersch weist zunächst darauf hin, dass es sich um einen Antrag handele, über den noch abgestimmt werden müsse.

Zu der Verfahrensweise in den Vorjahren berichtet sie, dass die Stadt Düsseldorf bis 2008 zum Thema Arbeit und Behinderung auf der Messe REHACARE vertreten war. Im Jahr 2009 habe die Stadt Düsseldorf mit einem neuen Konzept verschiedene Ämter und Themen mit der Schnittstelle Behinderung präsentiert. Im Jahr 2010 sei eine Kooperation mit der DMT eingegangen worden, bei der auch die damals neu erschienene Broschüre „Wegweiser für Menschen mit Behinderung“ präsentiert wurde. Wesentlicher Grund für eine fehlende Präsenz in den letzten Jahren sei die Finanzierung eines solchen Standes.

Sie gibt außerdem zu bedenken, dass viele Landes- und Bundesverbände von Behindertenorganisationen bereits auf der Messe vertreten seien.

Dem wird von Herrn Klussmann und Herrn Kozyk gegenübergestellt, dass dies nicht für alle Behinderungsformen zutrefte und überregionale Verbände nicht zu den Strukturen vor Ort beraten und informieren könnten.

Herr Kozyk macht darauf aufmerksam, dass es weder eine Senioren- noch eine Touristikmesse sei, sondern Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt stünden. In der Gänze könnte die Thematik nicht von anderen vertreten werden.

Frau Giersch teilt auf Nachfrage mit, dass der Seniorenbeirat auf der Messe autark agiere und eine Regelung zur Finanzierung gefunden habe. Sie könne sich nicht vorstellen, dass ein gemeinsamer Stand unter den geschilderten Voraussetzungen umsetzbar sei, bietet jedoch an, den Seniorenbeirat und die DMT zu den gemachten Vorschlägen anzusprechen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden antwortet Frau Hoop, dass eine Finanzierung über die Selbsthilfeförderung der Krankenkassen nicht möglich sei.

Ratsfrau Wien-Mroß schlägt vor, den Runden Tisch Kommunikation (RTK) einzubeziehen und ein Beteiligungskonzept zu erarbeiten beziehungsweise das Vorhaben im RTK zu beraten.

Der Beirat fasst einstimmig den Beschluss, den Messestand um die Belange von Menschen mit Behinderung zu erweitern und zu ergänzen und mit diesem Ansinnen mit dem Seniorenbeirat ins Gespräch zu gehen.

5. Special Olympics Deutschland 2014

Frau Dassdorf berichtet anhand eines Folienvortrages, der der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, zu den nationalen Sommerspielen der Special Olympics.

Diese finden vom 19. bis 23. Mai 2014 in Düsseldorf statt. Neben den 18 Sportarten, die als Wettkampf ausgetragen werden, bestehe auch ein wettbewerbsfreies Angebot, ein Familienprogramm sowie ein Gesundheitsprogramm für die Athletinnen und Athleten. Ein kulturelles Rahmenprogramm werde derzeit mit diversen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern vorbereitet.

Aus den Reihen der Besucherinnen und Besucher wird der Hinweis gegeben, auch bei dieser Veranstaltung Produkte aus dem fairen Handel zu verwenden. Der Hinweis wird an die Geschäftsstelle der „Lokalen Agenda 21“ weitergegeben.

Frau Dassdorf bedankt sich für den Hinweis und verdeutlicht, dass Special Olympics e. V. in Zusammenhang mit der Organisation und Durchführung der Veranstaltung für Kooperationen zu allen Seiten offen sei und gerne den Kontakt zur Geschäftsstelle der Lokalen Agenda aufnehmen werde.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Beirates bei Frau Dassdorf und wünscht der Veranstaltung gutes Gelingen.

6. Auftragskontrolle

Der Vorsitzende ruft die Auftragskontrolle als Informationsvorlage der Verwaltung auf. Diese enthält den Sachstand der Beschlüsse und Empfehlungen des Beirates. Die Auftragskontrolle wurde als Anlage mit der Einladung zur Sitzung versandt.

Ratsfrau Mohrs meldet sich zu Wort und bedauert, dass die Erprobung des Evakuierungsstuhls (laufende Nummer 10 der Auftragskontrolle) nicht am heutigen Sitzungstag stattfinden könne. Ihrer Meinung nach sei es besonders wichtig, diese Erprobung im Rahmen einer Beiratssitzung stattfinden zu lassen, um auf diese Weise den größtmöglichen Personenkreis von Menschen mit Beeinträchtigung zu erreichen. Auf Vorschlag der Verwaltung werden weitere Erläuterungen zu diesem Thema auf den TOP 10 (Verschiedenes) verschoben.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Ott teilt Frau Giersch für die Verwaltung mit, dass die Erörterung des Themas „Einsatz von Gebärdensprachdolmetschenden bei Live-Streams von Ratssitzungen“ (laufende Nummer 11 der Auftragskontrolle) bei TOP 9j erfolgen könne. Eine weitere Rückfrage redaktioneller Art von Ratsfrau Ott, bezogen auf die angegebenen Datierungen in der Auftragskontrolle und ob sich diese auf Sitzungstermine beziehen, wird von Frau Giersch bejaht.

Herr Fischer erkundigt sich zum Thema „Kreuzung Karl-Hohmann-Straße“ (laufende Nummer 13 der Auftragskontrolle) und fragt, ob die Kosten im Etat eingestellt seien. Herr Buschhausen erläutert, dass das Fachamt heute für Rückfragen nicht zur Verfügung stehe, der Vorgang aber weiter verfolgt werde.

7. Stadtentwicklungskonzept 2025+ (STEK 2025+)

Frau Geßner betont zu Beginn der Präsentation, dass ein Überblick gegeben werde und aufgrund der Komplexität das Thema nur angerissen werden könne. Sie berichtet im Wechsel mit Herrn Schmitz anhand einer Folienpräsentation zum Stadtentwicklungskonzept 2025+ (siehe hierzu auch Erläuterungstexte, die der Niederschrift als Anlage beigefügt sind).

Herr Klussmann meldet sich nach dem Vortrag zu Wort und teilt mit, dass die Barrierefreiheit wenig und insbesondere die Belange hörgeschädigter Menschen im Konzept nicht berücksichtigt seien und führt hierzu einige Beispiele an.

Von Interesse ist auch, welche Ansätze die Stadt Düsseldorf verfolge, um den Anteil barrierefreier Wohnungen zu erhöhen, fragt Herr Nowinski.

Ratsfrau Ott sieht wenig visionäre Ansätze enthalten, obwohl es sich beim STEK doch um ein zukunftsgerichtetes Programm handele, das mit innovativen Ideen ständig weiter entwickelt werden müsse.

Der Beirat einigt sich nach kurzer Diskussion zur Verfahrensweise der Rückmeldungen zum Konzept darauf, Änderungsbedarfe und Vorschläge zum vorgestellten STEK 2025+ noch bis zum 13. Dezember 2013 in der Geschäftsstelle zu sammeln, gegebenenfalls aufzubereiten und im Anschluss mit einer Empfehlung des geschäftsführenden Vorstandes an das Stadtplanungsamt zu leiten.

Die Beiratsmitglieder erhalten über die weitergeleiteten Anmerkungen eine Mitteilung.

8. Berichte aus den Runden Tischen

a) Runder Tisch Bauen (RTB)

Herr Schlachetzki trägt den Bericht des RTB vor, der der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Der Beirat nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

b) Runder Tisch Verkehr (RTV)

Herr Zielonka berichtet aus dem RTV. Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Der Beirat beschließt, sich der Empfehlung des RTV anzuschließen. Sie wird ohne Gegenstimme verabschiedet.

c) Runder Tisch Kommunikation (RTK)

Frau Dill verliert in Vertretung des Sprechers, Herr Joedecke, den Bericht des RTK, welcher der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Auf Vorschlag von Ratsherrn Janetzki werden die Erkenntnisse aus dem Runden Tisch den Amtsleitungen der betroffenen Fachämter (Amt für Kommunikation und Kulturamt) zugeleitet.

d) Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie (RTKJF)

Frau Dill verliert den Bericht des RTKJF, der als Anlage zur Niederschrift beigefügt ist. Der Beirat nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

9. Mitteilung der Verwaltung

a) Neubenennung des Beirats 2014 – Verfahren

Herr Buschhausen berichtet, dass mit Ablauf der Legislaturperiode 2014 eine Neubenennung des Beirates für Menschen mit Behinderung erforderlich sei. Im Einvernehmen mit dem geschäftsführenden Vorstand sei beabsichtigt, eine kleine Arbeitsgruppe zu bilden, deren Aufgabe es sein werde, das Verfahren für die Benennung festzulegen. Die Arbeitsgruppe werde aus dem geschäftsführenden Vorstand bestehen, erweitert um Mitglieder aller Behinderungsformen, die im Beirat vertreten sind. Ein erstes Treffen dieser Arbeitsgruppe sei im Januar 2014 geplant. Der Beirat nimmt die Ausführungen ohne Diskussion zur Kenntnis.

b) Spielplatzbesichtigung

Frau Giersch verweist auf die Sitzung am 27. August 2012, in der das erarbeitete Konzept zur Gestaltung der Spielplätze vorgestellt wurde.

Hierbei sei deutlich geworden, dass mit dem Leitfaden ein Anfang gemacht worden sei, wobei keinesfalls ein Anspruch auf Vollständigkeit oder Endgültigkeit bestehe. Hintergrund des getroffenen Kompromisses sei die Berücksichtigung der Belange aller Behinderungsformen gleichermaßen sowie möglichst viele Spielplätze mit den vorhandenen Finanzmitteln barrierearm herrichten zu können.

Im Anschluss an die Präsentation im Beirat sei der Wunsch entstanden, sich bei einer Vor-Ort-Besichtigung von der gelungenen Umsetzung zu überzeugen. Bei der Spielplatzbesichtigung am 18. September diesen Jahres wurden Anregungen und Tipps speziell von Seiten der Menschen mit Sehbehinderung geäußert, die vom zuständigen Fachamt als positive Hinweise aufgenommen worden sind.

Das Garten-, Friedhofs- und Forstamt bedankt sich recht herzlich für das rege Interesse der Beiratsmitglieder, denn in einer Großstadt wie Düsseldorf, mit einem eingeschränkten Freiraum für Spiel, Sport und Erholung komme Spielplätzen eine besondere Bedeutung zu. Es sei daher von großer Wichtigkeit, Bedingungen zu schaffen, die eine Teilhabe für alle ermögliche.

Der Beirat nimmt die Ausführungen ohne Diskussion zur Kenntnis.

c) Stadtfest zum Stadtjubiläum am 7. und 8. September

Frau Giersch berichtet, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung, die Düsseldorfer Selbsthilfe und die Arbeitsgemeinschaft behinderter und chronisch kranker Menschen (ARGE e. V.) ihre Arbeit an einem

gemeinsamen Stand während des Düsseldorfer Stadtfestes zum 725-jährigen Bestehen präsentierten.

Unterstützung bei der Organisation erhielten sie durch Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheitsamt und der Behindertenkoordination im Amt für soziale Sicherung und Integration.

Es fand ein reger Austausch sowohl mit interessierten Besucherinnen und Besuchern des Festes als auch während der gemeinsamen Standdienste untereinander statt. Bürgerinnen und Bürgern konnten Fragen beantwortet und umfassende Informationsmaterialien zur Verfügung gestellt werden. Sie wurden zudem sowohl über die Selbsthilfe, die Vereinsarbeit als auch über die politische Mitwirkung im Rahmen der Beiratsarbeit informiert. Die Vereine und Organisationen untereinander nutzten die Möglichkeit, sich über ihre aktuellen Themen auszutauschen. Fazit: ein rundum gelungenes Fest für alle.

Der Beirat nimmt die Ausführungen ohne Diskussion zur Kenntnis.

d) Sicherheits- und Rettungsmaßnahmen an Schulen

Die Ergänzung des Schulverwaltungsamtes zu TOP 2 der Sitzung vom 15. Juli 2013 wurde bereits mit der Einladung (Sitzung vom 25. November 2013) versandt.

Der Beirat nimmt die versandten Ausführungen ohne Diskussion zur Kenntnis.

e) Kreuzung Karl-Hohmann-Straße / Nürnberger Straße

Herr Buschhausen informiert über die Antwort des Fachamtes.

Das Amt für Verkehrsmanagement habe mitgeteilt, dass die zugesagte Interimslösung noch in diesem Jahr umgesetzt werde. Die Signalanlage werde voraussichtlich bis Sommer 2014 realisiert. Die Antwort des Amtes für Verkehrsmanagement wurde in die Auftragskontrolle aufgenommen (laufende Nummer 13).

Der Beirat nimmt die Ausführungen ohne Diskussion zur Kenntnis.

Herr Buschhausen schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 9f, 9g, 9k, 9n und 9o abweichend von der Nummerierung hintereinander von den anwesenden Kolleginnen des Amtes für Gebäudemanagement vortragen zu lassen, da diese Fragen an das Fachamt gerichtet waren. Dem wird zugestimmt. Zu den nachfolgenden Punkten werden die Antworten verlesen.

f) Erfassung von städtischen Gebäuden in Bezug auf Barrierefreiheit (Auffindbarkeit, Zugänglichkeit, Nutzbarkeit) (Antwort zu TOP 3b der Sitzung vom 15. Juli 2013)

g) Informationen zur Zugänglichkeit städtischer Dienstgebäude

(Antwort zu TOP 10d der Sitzung vom 4. März 2013)

k) Durchgang zum barrierefreien Zugang Rathaus

(Antwort zu TOP 4 der Sitzung vom 15. Juli 2013)

n) Instandsetzung der Parkfläche neben dem Gesundheitsamt, Kölner Straße 180

(Antwort zu TOP 6b der Sitzung vom 15. Juli 2013)

o) Aufnahme der Vorgaben des Runden Tisches Bauen in die Bauausschussvorlagen am Beispiel „Umbau des Städtischen Leibniz- Montessori- Gymnasiums“

(Antwort zu TOP 8 der Sitzung vom 15. Juli 2013)

Der Beirat nimmt die Ausführungen ohne Diskussion zur Kenntnis. Die Antworten des Amtes für Gebäudemanagement werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Kozyk fragt zum Thema „Erfassung von städtischen Dienstgebäuden“ (TOP 9f) nach, ob die erwähnte Liste bereits bestehe. Er betont, dass es bei der Erfassung nicht um eine qualitative Bewertung oder eine Empfehlung gehe. Es gehe darum, Besucherinnen und Besuchern Informationen zur Verfügung zu stellen, ob sie in das Gebäude gelangen, sich darin zurechtfinden und wieder hinaus fänden. Deshalb sei es wichtig, dass diejenigen Gebäude zuerst erfasst würden, welche von Menschen mit Behinderung verstärkt aufgesucht werden.

Frau Güdelhöfer antwortet, dass es eine solche Liste bereits gebe. Die gesamtstädtische Liste umfasse kulturelle Einrichtungen und Gebäude mit hoher Publikumsfrequenz. Die Liste sei fertiggestellt und werde dem Team von Erheberinnen und Erhebern übergeben. Ein genauer Zeitpunkt, wann diese mit der Erfassung beginnen, sei ihr nicht bekannt.

Herr Fischer erkundigt sich zu TOP 9o und hier konkret zu den Vorhaben im Rahmen des Programms „Sanieren macht Schule“. Er habe im Bauausschuss die Erfahrung gemacht, dass seine Nachfragen zur Finanzierung und Durchführung unbeantwortet blieben. Er frage sich, wer dazu umfassend Auskunft geben könne.

Der Vorsitzende sowie Rats Herr Matheisen und Ratsfrau Ott erläutern nacheinander wesentliche Punkte des Programms und die Art und Weise der Umsetzung. Es sei durchaus beabsichtigt, Maßnahmen des Programms zügig umzu-

setzen und nicht jede einzelne Maßnahme abzustimmen. Erfordernisse der Barrierefreiheit würden dabei nach Möglichkeit berücksichtigt.

Frau Güdelhöfer verdeutlicht, dass am Leibniz-Montessori-Gymnasium zwei Maßnahmen stattgefunden haben, die getrennt voneinander betrachtet werden sollten. Zum einen sei dies der Umbau der Mensa, zum anderen die Sanierung der Toilettenanlage.

Sie informiert darüber, dass nur Baumaßnahmen ab einem bestimmten finanziellen Volumen im Runden Tisch Bauen vorgestellt und beraten werden. Die Formulierungen der ausgesprochenen Empfehlungen des Runden Tisches Bauen gingen in die Bauausschussvorlagen ein.

Die Maßnahme „Umbau der Toilettenanlage“ sei jedoch im Programm „Sanieren macht Schule“ erfolgt. Diese Maßnahmen würden generell nicht im Runden Tisch Bauen vorgestellt.

Sie versichert, dass bei jeder Umbau- oder Sanierungsmaßnahme von Toilettenanlagen jedoch geprüft werde, ob in diesem Rahmen auch Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit umgesetzt werden könnten.

Ratsfrau Wien-Mroß fasst die Diskussion zusammen und fordert mehr Transparenz. Der Runde Tisch Bauen solle informiert und einbezogen werden.

Frau Güdelhöfer schlägt vor, das Programm „Sanieren macht Schule“ im nächsten Runden Tisch Bauen vorzustellen. Das Angebot wird angenommen.

Herr Fischer bittet darum, bei der Vorstellung im Runden Tisch Bauen genaue Angaben zu Raumgrößen und Mobiliar zu erhalten. Dies wird zugesagt.

h) Bürgerservice im Dienstleistungszentrum

Herr Buschhausen verliest die nachfolgende Antwort des Amtes für Einwohnerwesen.

Seit dem 18. Oktober 2013 befindet sich ein barrierefreier Fotoautomat im Dienstleistungszentrum. Wie auch bisher wird durch die Betreiberfirma eine vertraglich vereinbarte personelle Betreuung angeboten, damit die Kundinnen und Kunden sich nicht erst mit der Bedienung und richtigen Einstellung der Fotoautomaten befassen müssen.

Der Beirat nimmt die Ausführungen ohne Diskussion zur Kenntnis.

i) Barrierefreiheit für Menschen mit Sehbehinderung in Pflegeeinrichtungen

Die ergänzenden Antworten des Bauaufsichtsamtes sowie des Amtes für soziale Sicherung und Integration zu TOP 3c der Sitzung vom 15. Juli wurden mit der Einladung versandt.

Der Beirat nimmt die versandten Ausführungen ohne Diskussion zur Kenntnis.

j) Einsatz von Gebärdensprachdolmetscherinnen beziehungsweise Gebärdensprachdolmetschern bei „Live-Streams“ von Ratssitzungen

Die Antwort zu TOP 5 der Sitzung vom 15. Juli 2013 wurde mit der Einladung versandt.

Ratsfrau Ott stellt fest, dass die Antwort der Verwaltung nicht zufriedenstellend sei. Sie erinnert daran, dass ursprünglich gefordert war, Menschen mit Behinderung in die Testphase zu integrieren. Dies sei nach wie vor notwendig, da ansonsten eine Bewertung und umfassende Aussage zur Nutzung dieses Service nach dem Ende der Testphase nicht getroffen werden könne. Eine Erprobung beinhalte auch, Menschen mit Behinderung miteinbezogen zu haben. Man erwarte eine direkte Beteiligung des Beirates beziehungsweise des Runden Tisches Kommunikation.

Ratsherr Matheisen ergänzt, dass seiner Meinung nach vom Runden Tisch Kommunikation ein Gestaltungsanspruch für das zukünftige Angebot erhoben werden sollte.

Herr Buschhausen fasst das Diskussionsergebnis zusammen. Der Runde Tisch Kommunikation solle sich mit der Thematik noch einmal befassen und das Hauptamt mit seiner Abteilung für Organisation und IT hierbei einbeziehen.

l) Folgemaßnahmen im öffentlichen Raum in Zusammenhang mit der Modernisierung der S-Bahnhöfe

Die Antwort des Amtes für Verkehrsmanagement zu TOP 4 der Sitzung vom 15. Juli 2013 - wurde mit der Einladung versandt.

Ratsfrau Ott kritisiert die Umsetzung der Wegeföhrung am S-Bahnhof Eller. Hier sei eine große Maßnahme mit weitreichenden Folgen nicht zur Zufriedenheit umgesetzt worden.

Der Beirat nimmt die versandten Ausführungen ohne weitere Diskussion zur Kenntnis.

m) Kurzfristige Umsetzung behindertenrelevanter Maßnahmen

Die Antwort des Amtes für Verkehrsmanagement zu TOP 6 „Bericht des RTV“ der Sitzung vom 15. Juli 2013 wurde mit der Einladung versandt.

Direkt hierzu meldet sich Herr Kozyk zu Wort und fragt nach dem Ort der in der Antwort benannten Musterfläche. Ratsherr Matheisen erkundigt sich nach dem Ergebnis einer entsprechenden Informationsvorlage zum Thema „glatte Wegeverbindung“ im Ordnungs- und Verkehrsausschuss.

Da keine Vertretung des Fachamtes anwesend ist, sagt Herr Buschhausen zu, diese Informationen nachzureichen.

Der Beirat nimmt die versandten Ausführungen ohne weitere Diskussion zur Kenntnis.

p) Information zur Ausschreibung Behindertenfahrdienst

Frau Giersch berichtet, dass der Behindertenfahrdienst für Spezialfahrzeuge für die Jahre 2014 und 2015 zuzüglich eines weiteren Optionsjahres ausgeschrieben wurde. Die Ausschreibung sei inzwischen abgeschlossen. Den Zuschlag habe wieder die Firma Weißels erhalten, da diese als einzige Anbietende die Anforderungskriterien erfüllt habe. Der Versand der Fahrmarken habe bereits begonnen und werde im Monat November abgeschlossen sein.

Der Beirat nimmt die Ausführungen ohne Diskussion zur Kenntnis.

10. Verschiedenes

a) Terminplanung 2014

Herr Buschhausen informiert über die Sitzungstermine des Beirates und geplante Themen für 2014. Die erste Sitzung soll das Thema „Mobilität im Quartier“ beziehungsweise „Nahmobilität“ aufgreifen und werde am 24. März 2014 stattfinden. Die zweite Sitzung des Beirates werde in bisheriger Besetzung der Mitglieder für den 16. Juni 2014 angesetzt und unter anderem den Maßnahmenbericht 2013 zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes NRW beinhalten. Die dritte Sitzung werde am 10. November 2014 als konstituierende Sitzung in neuer Besetzung des Gremiums stattfinden.

b) Erprobung des Evakuierungsstuhls

Herr Buschhausen erinnert daran, dass Herr Beigeordneter Professor Dr. Meyer-Falcke die Erprobung eines Evac-Chairs für die heutige Sitzung zugesagt hatte. Jedoch konnte dieser Termin aufgrund der engen Zeitplanung des Beirates für diesen Sitzungstermin nicht umgesetzt werden. Daher werde seitens der Verwaltung vorgeschlagen, für interessierte Beiratsmitglieder einen gesonderten Termin zu organisieren. Beide vorgeschlagenen Termine können von den Anwesenden nicht realisiert werden. Es wird vereinbart, einen neuen Termin vorzuschlagen.

Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger

Aufgrund einer Folgesitzung im Sitzungssaal werden die Wortmeldungen der Bürgerinnen und Bürger auf die nächste Sitzung vertagt.

Ratsherr Janetzki schließt die Sitzung mit dem Hinweis auf die nächste Beiratssitzung am Montag, den 24. März 2014, um 14 Uhr, und wünscht allen Anwesenden ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2014.

Ende der öffentlichen Sitzung: 17.30 Uhr

Janetzki
Vorsitzender

Wessels
stellvertretender Vorsitzender

Hartmann
Schriftführung

Anlagen

- Folienpräsentation Special Olympics 2014 (TOP 5)
- Folienpräsentation und Erläuterungen zum STEK 2025+ (TOP 7)
- Berichte der Runden Tische Bauen, Verkehr, Kommunikation sowie Kinder, Jugendliche und Familie (TOP 8 a-d)
- Antworten des Amtes für Gebäudemanagement zu den Tagesordnungspunkten 9f, 9g, 9k, 9n und 9o